

gen und wie lange man auch für einen solchen Umbau benötigt.

In der Gabriel-Seidl-Straße haben wir dagegen ein Angebot bekommen, wo wir ein ehemaliges Pflegeheim mit allen Strukturen in einem sehr guten Zustand zur Verfügung gestellt bekommen haben. Diese Immobilie ist noch nicht angemietet, um das klar zu sagen, aber sie ist uns angeboten worden, und wir haben in der Tat die Absicht, diese Immobilie zu nutzen, weil wir sie sehr schnell nutzen können. Wir brauchen im Augenblick ganz dringend angemessene Unterkunftsplätze für Flüchtlinge, und weil wir hier auch noch eine Immobilie haben, die in einem sehr guten Zustand ist, in einer guten Umgebung, also in Schwachhausen, und wir glauben, dass wir damit eine hervorragende Unterkunft für Flüchtlinge bereitstellen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Ja, danke, Herr Präsident, drei Fragen! Sie sprechen von einem sehr guten Zustand. Gilt das für ein Gebäude, das verdächtigt wird, asbesthaltig zu sein? Frage 2: Wie hoch wäre der von Ihnen bereits zweimal zitierte Aufwand für das Waldau Theater gewesen - in Zahlen vielleicht? Drittens: Sind Ihnen Einwände vom Beirat Walle gegen das Projekt Waldau Theater bekannt, und welchen Stellenwert hat die Stellungnahme eines Beirats?

Staatsrat Frehe: Das ist eine ganze Reihe von Fragen. Die Frage nach dem Kostenaufwand kann ich aus dem Stegreif nicht beantworten, ich weiß nur, dass erhebliche Kosten dafür hätten aufgewendet werden müssen.

Das Zweite: Es ist eine Mutmaßung, dass eine Asbestbelastung in der Gabriel-Seidl-Straße vorliegt. Wir werden es aber selbstverständlich prüfen. Das ist mit dem Beirat abgesprochen, und es ist den Anwohnern, die das Argument auch verwendet haben, in einer öffentlichen Beiratssitzung, in der ich anwesend war, zugesichert worden, dass die Bauausschusssitzung, in der die Nutzungsänderung und auch die Frage der Asbestbelastung behandelt wird, dass diese Sitzung, obwohl es nicht üblich ist, öffentlich stattfindet, weil wir nichts zu verbergen haben, sodass alle Bewohnerinnen und Bewohner an dieser Sitzung teilnehmen können. Ich weiß gar nicht, wie jemand auf die Idee kommen kann, dass wir Flüchtlinge in einem Gebäude unterbringen würden, das asbestbelastet ist. Ich finde das abwegig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und das Dritte, was ich von Beiratsvoten halte! Ich weiß, dass wir in Walle auf sehr viel Verständnis gestoßen sind. Wir haben eine intensive Diskussion mit den Beiräten in Walle und auch in Findorff gehabt, wir haben da sehr konstruktiv miteinander diskutiert, und wie Sie vielleicht auch der Pressemeldung entnehmen können, sind wir regelmäßig in Beiratssitzungen anwesend, weil wir die Beiräte für ganz wichtige Mitbestimmungsorgane halten, die zu diesen Punkten gefragt werden sollen.

Und wenn Sie die rechtliche Konstruktion des Beiratsgesetzes sich noch einmal vor Augen halten, ist mit den Beiräten ja ein Einvernehmen herzustellen. Und wir sind an diesem Einvernehmen hoch interessiert, weil nur, wenn wir das gemeinsam tragen, auch die Flüchtlinge eine gute Möglichkeit haben, sich in dem Stadtteil zu integrieren. Wir haben - und das muss ich jetzt einmal mit Freude sagen - zunehmend Beiräte gehabt, die sehr wohl die Verantwortung gespürt haben und auch bereit waren, eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Korol, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Korol [BIW]: Nein, danke, Herr Präsident! Danke, Herr Staatsrat!)

Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Beirat Überseestadt wiederbeleben**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Beirat Überseestadt das nächste Mal tagen?

Zweitens: Wie werden im Beirat Überseestadt künftig die Bremische Bürgerschaft, die Senatsressorts und Vertreterinnen und Vertreter der Bereiche Kultur, Tourismus, soziale und kulturelle Infrastruktur, Umwelt, Bildung, Woh-

nen sowie Quartiers- und Stadtentwicklung vertreten sein?

Drittens: Welche Aufgaben und Rechte wird der Beirat Überseestadt künftig haben?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Beirat wird im Frühjahr 2014 wieder tagen.

Zu Frage 2: Aus den Themen Bestandentwicklung, Wohnen, Kultur, Tourismus, soziale Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Freiraum erwachsen neue Anforderungen an einen Beirat, die eine Neuausrichtung der Aufgaben und eine Anpassung der personellen Zusammensetzung und Arbeitsweisen erfordern. Aktuell werden Überlegungen zu einer Neukonzeptionierung und personellen Besetzung des Beirates angestellt, die diese entsprechende Neuausrichtung berücksichtigen. Die bisherigen Mitgliedergruppen sollen unter anderem um Vertreter der Senatsressorts Umwelt, Bau und Verkehr und Wirtschaft, Arbeit und Häfen, von Wohnungsunternehmen, neuen Unternehmen, der Kultur- und Kreativszene sowie der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ergänzt werden.

Zu Frage 3: Gemäß Geschäftsordnung berät der Beirat die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der WFB bei der Umsetzung der Entwicklungskonzeption zur Umstrukturierung der alten Hafenviertel rechts der Weser sowie aller weiteren die Neuordnung des Gebietes betreffenden Fragen durch Stellungnahmen und Empfehlungen. Er hat Beratungsfunktion, formuliert Empfehlungen und wird in Konzeptentwicklungen und Planungsprozesse eingebunden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine kurze, Herr Präsident! Herr Staatsrat, halten Sie es für sinnvoll, den Beirat vielleicht auch um Vertreter aus dem weiten Feld Soziales, Jugend und so weiter zu erweitern?

Staatsrat Dr. Heseler: Ja! Wir werden dies, glaube ich, auch berücksichtigen. Wir haben ja eine sehr breite Palette an Aufgaben, und man muss natürlich ein bisschen darauf achten, dass so ein Beirat nicht zu groß besetzt ist, damit er auch noch beraten kann, aber ich nehme die Anregung gerne auf.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank!)

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Bezahlbares Wohnen in Findorff**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Unterstützt der Senat Initiativen und Pläne für ein neues Kultur- und Sozialangebot an der Fürther Straße Nummer 43 finanziell, politisch oder durch andere Maßnahmen?

Zweitens: Welche Nutzungsinteressen und Nutzungsinteressentinnen und -interessenten sind dem Senat für diese Liegenschaft bekannt?

Drittens: Wie schätzt der Senat den Bedarf und die Möglichkeit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und/oder Sozialwohnungen an diesem Standort ein?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Aus dem Stadtteil heraus besteht die Idee, eine „Begegnungsstätte“ für Findorff auf dem Grundstück Fürther Straße 43 zu schaffen. Die Stadt ist nicht die Initiatorin des Entwicklungsprojektes, ist jedoch bereit, die Immobilie zu veräußern, um die zur Realisierung der Pläne erforderlichen Baumaßnahmen durchführen zu lassen. Derzeit wird das städtische Gebäude von der Polizei Findorff sowie einer privaten Wohnungsmieterin genutzt.

Zu Frage 2: Der Senator für Inneres und Sport benötigt dauerhaft einen Polizeistandort in Findorff und unterstützt die Zielrichtung, am Standort Fürther Straße 43 zu bleiben. Die Polizei benötigt außerdem aufgrund von Raumbedarf des Polizeipräsidiums kurzfristig und übergangsweise Büroflächen und prüft